

# Nachhaltigkeit und Demokratie: Sieben Thesen zur demokratischen Zukunftsfähigkeit\*

Ludger Helms

Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck  
ludger.helms@uibk.ac.at

## Zusammenfassung

Die repräsentative Demokratie bietet von ihrem Selbstverständnis und ihren strukturellen Eigenschaften her mindestens mäßig gute Voraussetzungen für die Bewältigung von nachhaltigkeitsbezogenen Herausforderungen. Keines der häufig genannten Elemente, wie insbesondere das Prinzip der Herrschaft auf Zeit mit Wahlperioden und Wiederwählerfordernissen, macht vorausschauende und nachhaltige Lösungen unmöglich. Entscheidend ist jedoch, wie das institutionelle Arsenal der repräsentativen Demokratie politisch genutzt wird. In Übereinstimmung mit deren zentralem Anspruch, politische Selbstbestimmung zu ermöglichen, liegt die Zukunftsfähigkeit der Demokratie letztlich in den Händen der Gesellschaft. Trotz der jüngsten Blüte der Zivilgesellschaft hat sich der geforderte Beitrag verantwortlicher politischer Eliten im Zuge anhaltender Transformationen demokratischer Herrschaft nicht verringert, sondern tendenziell noch erhöht.

## Schlüsselwörter

Eliten, Demokratie, Nachhaltigkeit, Regierungen, Verantwortung, Zivilgesellschaft, Zukunft

# Sustainability and Democracy: Seven Propositions on the Future of Democratic Governance\*

## Abstract

Given the defining normative and empirical features of representative democracy, this type of political regime offers at least moderately good conditions for successfully dealing with sustainability issues. None of the frequently noted features of representative democracy, such as in particular the need of governments to seek re-election at regular intervals, undermines the possibility of forward-looking and sustainable solutions to public issues. What really matters is how individual and collective actors use the institutional devices and procedures of representative democracy. In accordance with the proclaimed nature of this type of regime, which centers on the sovereignty of the people, the future of democracy ultimately hinges on society, or the mindset and behavior of individual and collective societal actors for that matter. That said, despite the recent blossom of civil society and the ongoing transformations of democratic governance, the role of responsible political office-holders in dealing with sustainability issues has become more, rather than less, important.

## Keywords

Civil Society, Democracy, Elites, Governments, Future, Responsibility, Sustainability

The author has declared that no competing interests exist.

\* Der Beitrag wurde inspiriert durch einen fakultätsweiten Workshop zum Thema „Nachhaltigkeit“ an der Universität Innsbruck im Mai 2022. Für wertvolle Anregungen zu meiner These 6 danke ich Marcelo Jenny. Die Verantwortung für die hier vorgetragenen Einschätzungen und Argumente liegt selbstverständlich allein beim Verfasser.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist vielschichtig und komplex<sup>1</sup>, selbst wenn er auf die Dimension öffentlicher Politik („public policies“) konzentriert ist. Tatsächlich wurde die enorme Komplexität des Nachhaltigkeitsbegriffs im gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Diskurs als spezifisches Problem der Demokratie erkannt, aus der eine ausgeprägte Tendenz zur Überforderung resultiert (Seefried 2022). Diesem Beitrag liegt ein engeres Verständnis von ökologischer Nachhaltigkeit zugrunde, welches auf die Aspekte eines schonenden, nachhaltigen Umgangs mit fossilen Energieressourcen und einem Schutz des Klimas und der Umwelt konzentriert ist.

Im Zentrum der nachfolgenden Betrachtungen steht die Frage nach der prinzipiellen Eignung bzw. Fähigkeit demokratischer Systeme, ökologisch nachhaltige Lösungen zustande zu bringen. Der speziellere Fokus liegt dabei auf ausgewählten *Strukturelementen der repräsentativen Demokratie*. Damit wird auf eine Diskussion der jüngeren Forschung zum Nachhaltigkeitspotential direkter Demokratie (Popp 2021) ebenso verzichtet wie auf eine Würdigung angrenzender Stränge, etwa zum Nachhaltigkeitspotential unterschiedlicher wirtschaftlicher Ordnungen (Neckel et al. 2022) oder zum Themenkomplex Medien und Nachhaltigkeit (Medienimpulse 2020).

Die Bestandsaufnahme entspringt einer Entwicklungsphase des internationalen Systems, die im Zeichen einer „dritten Welle der Autokratisierung“ steht (Lührmann/Lindberg 2019). Zu ihren Kennzeichen gehört insbesondere die zunehmende Erosion von bis dahin als demokratisch qualifizierten Ordnungen. Diese hat die Zukunftsfähigkeit der liberalen Demokratie als einer historisch unwahrscheinlichen zivilisatorischen Errungenschaft endgültig jeglicher Selbstverständlichkeit beraubt.

Die Prämisse der weiteren Betrachtungen lautet, dass die Zukunftsfähigkeit und Daseinsberechtigung der liberalen Demokratie als Herrschaftsform neben zahlreichen weiteren Bedingungen langfristig nicht zuletzt von deren Fähigkeit abhängen wird, nachhaltige Entscheidungen jenseits der bloßen Reproduktion des Regimes zustande zu bringen. Die Diskussion ausgewählter Aspekte des Verhältnisses von Demokratie und Nachhaltigkeit gliedere ich in sieben Abschnitte bzw. sieben Thesen. Die ersten vier gelten den normativen und institutionellen Eigenschaften der repräsentativen Demokratie, die nachfolgenden drei den Akteuren und deren „agency“.

## **These 1: Das Selbstverständnis der liberalen Demokratie ist nachhaltigkeitsbezogenen Lösungen prinzipiell zuträglich**

Aus einer ersten Sicht bietet die Demokratie den bestmöglichen Rahmen und von ihrem Selbstanspruch her zugleich die beste Gewähr, dass die natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen gewahrt bleiben. Immerhin gehört zu ihren erklärten Zielen ausdrücklich der Schutz und die Würde des Menschen. In einigen Verfassungen ist dieses Bekenntnis spezifisch erweitert und nicht lediglich auf einen besonderen Schutz der jüngsten Mitglieder eines Gemeinwesens, sondern selbst des ungeborenen Lebens bezogen. Dies schließt die Gewährleistung der Lebensgrundlagen des Menschen, der Menschheit, mindestens implizit ein. Auch in spezielleren Auseinandersetzungen mit der Fähigkeit demokratischer Systeme zu einer nachhaltigen Umweltschutzpolitik wird der inhärente, aus dieser Natur entspringende Vorteil der Demokratie gegenüber anderen Typen politischer Regime regelmäßig hervorgehoben (Symbosius 2020). Einige empirisch-vergleichende Studien identifizieren darüber hinaus einen positiven Zusammenhang zwischen der Herrschaftsform (Demokratie vs. Autokratie) und deren ökologischer Nachhaltigkeitsbilanz (Looney 2016), womit freilich zunächst nicht mehr gesagt ist, als dass autokratische Systeme möglicherweise in *noch* geringerem Maße als die demokratischen in der Lage sind, eine nachhaltige Politik zu betreiben.

## **These 2: Die Organisation des politischen Geschäfts mit Wahlperioden und Amtszeiten steht nachhaltigen Lösungen potentiell entgegen, ohne sie zu verunmöglichen**

Zu den konstitutiven Merkmalen demokratischer Systeme zählt das Prinzip einer vielfältig konditionierten Ermächtigung zum Regieren. Dazu gehört nicht zuletzt der Zeithorizont des politischen Geschäfts – mit Legislaturperioden von wenigen Jahren Dauer, zudem vielerorts faktisch verkürzt durch eine Tendenz zu deutlich zeitaufwändigeren Regierungsbildungen und ausufernden Vorwahlkämpfen. Langfristig angelegte, nachhaltige Lösungen werden hierdurch schwerlich befördert. Das Dilemma betrifft auch Regierungen, die mit den besten Motiven und hehren Zielen antreten mögen. Viele Regierungen agieren wie Investment-Manager, die mit bestimmten Investitionen eine bestimmte Dividende zu erzielen trachten; sie müssen dies geradezu, um speziell in Wahljahren ein hinreichendes Maß an öffentlicher Popularität und Unterstützung zu genießen (Bertelli/John 2013; Kraft 2018). Die zyklische Dynamik des Regierens in der Demokratie verläuft unweigerlich

<sup>1</sup> Vgl. etwa den UN-Aktionsplan „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ mit seinen nicht weniger als 17 „Sustainable Development Goals“ (SDG).

in Richtung eines schleichenden Verfalls der Unterstützung von Regierungen bei Wahlen. Den elektoralen Kosten des Regierens versuchen die regierenden Parteien neben mehr oder weniger regelmäßigen Erneuerungen des Regierungspersonals (Helms 2020; Helms/Vercesi 2022) vor allem mit geeignet erscheinenden sachpolitischen Entscheidungen entgegenzutreten, die ihnen im Gefolge einer erfolgreichen Wiederwahl das Weiterregieren gestatten (Green/Jennings 2017).

„Schlüsselentscheidungen“ sind bei langjährigen Regierungen jedoch gleichwohl keineswegs zwingend auf die erste Amtszeit beschränkt; vielmehr wurden gelegentlich spätere Phasen als insgesamt bedeutender bewertet (Theakston 2013, 235). Mit Blick auf die Erfahrungen des US-amerikanischen Präzidentalismus ist ferner erwähnenswert, dass gerade die zweite und letzte Amtszeit eines Präsidenten ohne die Möglichkeit einer Wiederwahl – umgangssprachlich als „lame duck presidency“ bezeichnet – verschiedentlich speziell im Bereich ökologischer Entscheidungen eine besondere Uner-schrockenheit und Entschlossenheit von Amtsinhabern begünstigt hat. Dies suggerieren insbesondere Analysen zur Präsidentschaft Barack Obamas (Deutch 2014; Cohen 2016). Dies ist weniger überraschend, als es zunächst den Anschein haben mag. Im Sinne eines weiteren Begriffsverständnisses von Nachhaltigkeit sind praktisch alle InhaberInnen politischer Führungsämter daran interessiert, ein möglichst langlebiges politisches Erbe zu hinterlassen und „in die Geschichte einzugehen“. Dabei ist davon auszugehen, dass die öffentlichen Erinnerungen an eine/n AmtsinhaberIn (seine oder ihre „soft legacy“) maßgeblich durch die politisch-materiellen Langzeitfolgen seiner bzw. ihrer Politik (den „hard legacies“) bestimmt werden und den Akteuren dieser Zusammenhang zumindest in latenter Form auch bewusst ist (Fong et al. 2017). Dieses Bestreben muss freilich keineswegs zwingend oder im besonderen Maße auf nachhaltigkeitsbezogene Politiken gerichtet sein, doch sind Klima- und Umweltpolitik in der jüngeren Vergangenheit zweifelsohne zu international herausragend wichtigen Bewährungsfeldern avanciert.

### **These 3: Das konstitutive Prinzip elektoraler Kontrolle und demokratischer Verantwortlichkeit ist weder Garant noch Hemmschuh nachhaltiger Politik**

Viele jüngere Demokratieverständnisse rücken den Aspekt der Rechtfertigung als Qualitätsmerkmal demokratischen Regierens ins Zentrum. Darin schwingt die Annahme mit, dass die wachsende Erwartung, politische Verantwortlichkeit durch öffentliche Rechtfertigung zu profilieren, substantiellere, gemeinwohlorientiertere und nachhaltigere Lösungen befördert. Teil dieser Überlegungen ist die Vermutung einer Überlegenheit

des Urteils einer größeren Zahl von Menschen, welche einen zentralen Aspekt des politischen Denkens seit der griechischen Antike darstellt (Zippelius 2003). Die jüngere empirische Forschung zeigt indes, dass die Prinzipien demokratischer Verantwortlichkeit und elektoraler Kontrolle als solche noch keine nachhaltige Politik gewährleisten. „The general quality of democracy, independent of the underlying model of democracy, cannot explain environmental outcomes“, wie Romy Escher und Melanie Walter-Rogg (2020, 150–151) am Ende ihrer groß angelegten Studie festhalten; „the effect of electoral accountability depends on whether supporters or opponents of environmental performance are elected“. Ganz ähnlich lautet der Befund von Jana von Stein (2022). Die potentiell positiven Wirkungen demokratischer Prinzipien und Verfahren gelangen nur in dem Maße zur Geltung, wie die Gesellschaft bereit ist, diese inhaltlich mit Leben zu füllen: „The relationship between electoral accountability and eco-friendly outcomes hinges on whether citizens privilege environmental protection as a policy objective“ (von Stein 2022, 353).

In welchem Maße diese Voraussetzung in unterschiedlichen Ländern bzw. Systemen erfüllt ist, bleibt auch weiterhin ungewiss. Wo die Erreichung langfristiger Ziele an konkreten Verzicht in der Gegenwart gebunden ist, befördert die Natur des Menschen diese Zielerreichung jedenfalls tendenziell eher nicht (Höffe 2009). Selbst von einer prinzipiellen „Trendwende“ in Richtung ökologischerer Lösungen, potentiell begünstigt durch eine fortwährende gesellschaftliche Bildungsexpansion, kann nicht wirklich gesprochen werden. Manche ExpertInnen diagnostizieren gar, dass sich die modernen Konsumgesellschaften der Gegenwart die „Politik der Nicht-Nachhaltigkeit [...] entschiedener denn je“ zu ihrem Prinzip erhoben haben (Blühdorn 2015, 151). Speziell die (Nicht-)Nachhaltigkeit erscheint im Übrigen als ein ausgeprägter Generationenkonflikt, der gelegentlich bemerkenswerte Blüten treibt. Einer jüngeren Umfrage zufolge ist jede/r elfte ÖsterreicherIn dafür, ältere Personen vom Wahlrecht auszuschließen (Seidl 2021).

### **These 4: Mehr demokratische Partizipation und demokratiepolitische Innovationen sind keine Garant für mehr Nachhaltigkeit**

Ob der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit in signifikant erweiterten Formen politischer Partizipation – als Ur-Essenz der Demokratie – liegt, ist eine andere Frage. Der besondere Wert partizipativer Verfahren für das Treffen schwieriger und weitreichender Entscheidungen, auch und gerade bei komplexen Fragen der Nachhaltigkeit, ist kaum von der Hand zu weisen (Radtko 2022); die Möglichkeiten einer expansiven Partizipation als entscheidungspolitischer Kernmechanismus werden

aber vermutlich überschätzt (Lorenz et al. 2020). Aus der spezielleren Forschung ist bekannt, dass inklusive Entstehungsprozesse unterschiedliche Dimensionen von „good governance“ befördern. Das konnte etwa für die Genese von Verfassungen gezeigt werden (Negretto/Sánchez-Talanquer 2021), aber auch für die Struktur und Performanz ganzer politischer Systeme (Lijphart 2012; Bogaards et al. 2019). Dabei geht es im Kern allerdings um Interaktionsmuster und Entscheidungen politischer Eliten unterschiedlicher gesellschaftlicher „Lager“, weniger um gesellschaftliche Partizipation in größtmöglicher Breite. Gleichwohl sehen NachhaltigkeitsforscherInnen tatsächlich gerade in neuen Formen der Interessenvermittlung im Kontext inklusiv angelegter, korporatischer Regime eine strukturelle Begünstigung für die Entstehung nachhaltiger Lösungen (Haas et al. 2022).

Auch auf dem spezielleren Gebiet der Demokratierform gibt es Ideen – wie die Frage nach einem Wahlrecht von Geburt an – die sich gezielt um Möglichkeiten der Beförderung einer nachhaltigeren, zukunftsfähigeren und generationell gerechteren Politik durch entscheidungsmächtige Akteure in den Regierungen und Parlamenten drehen (etwa Jakab 2020). Eine Vergrößerung und veränderte Zusammensetzung der WählerInnenschaft könnte, gemeinsam mit den spezifischen Ressourcen zivilgesellschaftlicher Akteure, welche unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung verfolgen, zu einer Schubkraft zugunsten einer größeren Nachhaltigkeit politischer Lösungen werden. Sicher ist auch dies nicht. Vereinzelt durchgeführte Studien suggerieren, dass die Einführung eines Elternwahlrechts (als rationalisierte Variante eines Wahlrechts von Geburt an) kaum zu dramatischen Veränderungen der Zusammensetzung der parlamentarischen Eliten führen würde (Goerres/Tiemann 2009).

Bis auf Weiteres ist nicht einmal auszuschließen, dass eine systematische Ausweitung demokratischer Partizipation möglicherweise gar zu geringeren Chancen für innovative und nachhaltige Lösungen führt (Helms 2016). Die konservativen Policy-Wirkungen der direkten Demokratie sind seit langem bekannt. Ein anderes Beispiel bilden „recall elections“, mit denen gewählte AmtsinhaberInnen noch vor Ablauf der Amtsperiode von den WählerInnen abberufen werden können. Entscheidend für die Bewertung der konkreten Wirkungen ist freilich auch hier, ob BürgerInnen im Zweifelsfall tatsächlich primär AmtsinhaberInnen abwählen, die nachhaltige, aber unpopuläre Entscheidungen durchzusetzen versuchen oder eher solche, die sich erkennbar nicht um die Erfüllung zentraler Wahlversprechen bemühen (mit unterschiedlichen möglichen Kombinationen zwischen beiden Aspekten). Die empirisch-vergleichende Performanz-Analyse dieser Verfahren gelangt bis auf Weiteres zu vielschichtigen, uneinheitlichen Befunden (Welp/Whitehead 2020).

### **These 5: Die politischen Eliten demokratischer Systeme sind nicht in jedem Fall nachhaltigkeitsorientierter als die Gesamtbevölkerung**

Gerade angesichts der weiter oben angesprochenen unklaren und wechselhaften Verhältnisse auf der Ebene der Einstellungen der Bevölkerung demokratischer Systeme stellt sich die Frage, ob die politischen Eliten dieser Systeme in höherem Maße willens und in der Lage sind, nachhaltige Lösungen zu entwickeln und umzusetzen als die Bevölkerung. Unbestreitbar sind politische Eliten, insbesondere Regierungseliten, in der Summe höher gebildet und besser informiert als der Durchschnitt der Bevölkerung (Müller-Rommel et al. 2020). In diesem Sinne ließe sich plausibel folgern, dass sie die faktische Notwendigkeit nachhaltiger Lösungen insgesamt weit aus eher erkennen und potentiell anerkennen, als die Bevölkerung als Ganzes. Daraus allein folgt jedoch wenig. Entscheidend sind die konkreten Werte, Überzeugungen und Ziele der betreffenden Akteure.

Zunächst ist daran zu erinnern, dass die eindeutigsten und am kompromisslosesten vorgetragenen Nachhaltigkeitsagenden von zivilgesellschaftlichen Eliten stammen, wie sie an der Spitze politisch-sozialer Bewegungen stehen. „Fridays for Future“ kann als das gegenwärtig international wohl bekannteste Beispiel gelten. Ihnen stehen andere Gruppen gegenüber, die sich im Zuge der Verfolgung radikal entgegengesetzter Ziele zum Teil ebenfalls des Instruments öffentlichen Protests bedienen, wobei deren Mitglieder kaum ernsthaft als „Gegen-Eliten“ bezeichnet werden können.

Erstaunlich unentschieden ist das Bild, welches sich auf der Ebene der politischen Klasse offenbart: In vielen, auch seit Jahrzehnten konsolidierten Demokratien sind in den vergangenen Jahren einzelne Parteien und Politiker an die Macht gelangt, denen man weithin ein gespanntes Verhältnis sowohl zu demokratischen Grundwerten wie zu Fragen der Nachhaltigkeit nachsagt. Der 45. Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, kann hierbei sicherlich als das weltweit bekannteste jüngere Beispiel gelten. Aber auch auf der Ebene kollektiver Akteure, wie insbesondere den politischen Parteien, lassen sich zahlreiche jüngere Beispiele finden. Die Leugnung des Klimawandels und die weitgehende Ablehnung jeglicher Nachhaltigkeitsagenden ist geradezu zu einem Bestimmungsmerkmal rechtspopulistischer Parteien, auch mit Blick auf deren Verhalten an der Regierung, geworden (Lockwood/Lockwood 2022). Entgegen populärer Vermutungen und Erwartungen zeigen Parteien dieses Typs, welche sich in der Opposition dezidiert als Herausforderer der etablierten Parteien und deren Politik gebärden, keineswegs eine ausgeprägte Neigung zur Entwicklung signifikant moderaterer Positionen, nachdem ihnen der Sprung an die Macht gelungen ist (Schwörer 2021).

### These 6: Verantwortliche Führung in der Demokratie war schon immer mehr als die Ausführung des „Volkswillens“

Wenn der Bevölkerung der demokratischen Systeme der Gegenwart kaum zugetraut werden kann, allein aus sich heraus nachhaltige und zukunftsfähige Lösungen zu fordern oder gar zu entwickeln (vgl. These 3), stellt sich die Frage nach dem Stellenwert und der Tauglichkeit von „representation from below“ als dem klassischen Strukturprinzip repräsentativer Demokratie. Muss dieses mit Blick auf die andernfalls potentiell mangelnde Problemlösungsfähigkeit durch Formen von „representation from above“ (Esaiasson/Holmberg 1996) – bei denen sich regierende Eliten nicht auf Interessenaggregation beschränken, sondern diesen eine Vorherrschaft auch in Fragen grundlegender Zielsetzungen zukommt – ergänzt oder gar ersetzt werden? Längst gibt es Vorschläge, den dahingehend beobachteten Wandel auch theoretisch zu erfassen und als zeitgemäße Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie darzustellen. Das gilt etwa für Andrés Köröseyis (2005) Konzept einer „leader democracy“ als personalistisch zugespitzter Form einer minimalistischen Demokratiekonzeption. Wie einst bei Schumpeter, erscheinen Spitzenpolitiker dabei nicht als Akteure, die lediglich auf ein bestehendes gesellschaftliches Bedürfnis reagieren, sondern neue Bedürfnisse kreieren, indem sie neue Politiken erschaffen und der Bevölkerung offerieren.

Die Vorstellung einer „leader democracy“ mag radikal und kritikwürdig erscheinen (vgl. etwa Ritz/Schaal 2010), aber sie baut auf einer bedeutend älteren Einsicht auf – nämlich jener, dass sich demokratische politische Führung im Spannungsfeld von Responsivität und Verantwortlichkeit bewegen muss mit der Bereitschaft, die Betonung auf den zweiten Aspekt zu legen. Hierzu stellte Giovanni Sartori (1987, 170) bereits vor einigen Jahrzehnten fest: „A government that simply yields to demands, that simply gives in, turns out to be a highly irresponsible government, a government that does not live up to its responsibilities. [...] (R)epresentation intrinsically consists of two ingredients: responsiveness and independent responsibility. And the more governments become responsive to at the detriment of being responsible for, the more we are likely to be misgoverned and/or ungoverned.“ Unter den Bedingungen einer hochgradigen Medialisierung der repräsentativen Demokratie der Gegenwart hat sich der Druck, Vereinbarungsversuchen einzelner Gruppen wirkungsvoll zu widerstehen, strukturell erhöht (Helms 2012) – ohne dass sich die traditionellen Machtsicherungserfordernisse (in der parlamentarischen Demokratie auch weiterhin vor allem gegenüber dem Parlament und der eigenen Partei) verflüchtigt hätten.

### These 7: Technologische Innovation, internationale Kooperation und „rhetorische Führung“ als Katalysatoren einer nachhaltigeren Politik

Die zentrale Herausforderung und Bewährungschance für die Demokratien der Gegenwart kann darin gesehen werden, ob es ihnen gelingt, nachhaltige Politik im Zusammenwirken von Bevölkerung und Amtsträgern in einer Weise umzusetzen, die den Vergleich mit menschenverachtenden Systemen hinsichtlich der erreichten Effektivität und Effizienz nicht zu scheuen braucht und dabei ihre eigenen Ideale nicht verleugnet. Das in empirisch aufwändigen Studien belegte höhere technologische Innovationspotential der meisten demokratischen Systeme gegenüber den autoritären Regimen (Commander et al. 2022)<sup>2</sup> dürfte sich als unterstützendes Moment komplexer Transformationen erweisen, im Sinne einer möglichen Abschwächung des Verzichtsempfindens bei vermindertem Ressourceneinsatz, aber nur geringfügig geringerer Leistung. Dass globale Herausforderungen nach globalen Antworten und vielfältigen Kooperationen, darunter insbesondere einer engen Zusammenarbeit gleichgesinnter Regime, verlangen – das letzte, aber nicht unwichtigste „sustainable development goal“ (17) der Vereinten Nationen – darf heute als so selbstverständlich gelten, dass darauf hier nicht näher einzugehen ist. Komplexe transnationale Regime wie die Europäische Union mögen für ihre hohen Entscheidungskosten, gerade auch in Fragen ökologischer Nachhaltigkeit, bekannt sein. Sie verkörpern nichtsdestoweniger jedenfalls die Chance, mit aufwändig ausgehandelten Programmen einen im internationalen Maßstab fühlbaren Unterschied zu machen.

Auf Seiten der InhaberInnen von Regierungsmacht wird es nicht zuletzt darum gehen, nachhaltigkeitsorientierte Forderungen und Ideen zivilgesellschaftlicher Akteure gezielt aufzugreifen und der breiteren Masse der Bevölkerung potentiell als Zumutungen erlebte Maßnahmen als einen zumutbaren Beitrag zur Ermöglichung menschenwürdigen Lebens auch kommender Generationen vor Augen zu führen. Die Rolle nationaler Regierungen für das Gelingen einer demokratischen Zukunftssicherung ist tatsächlich kaum zu überschätzen; so auch das Leitmotiv vieler AutorInnen, die kein Geheimnis aus ihrer großen Sympathie für die aktiven Tei-

<sup>2</sup> “Democracies are clearly more supportive of innovation than autocracies. It is not hard to think of why. Innovation often challenges the way that things are being done. It relies on the free and open exchange of ideas, concepts and arguments. It flourishes in environments supportive of risk-taking and creativity. It takes root through experimentation and an acceptance of trial and error. None of these attributes come easily to autocracies“ (Commander et al. 2022). Hinzu kommen signifikante Unterschiede hinsichtlich der Art der Innovationen, welche in Systemen wie Russland oder China eindeutig stärker im militärischen Bereich als auf Gebieten liegen, die KonsumentInnen oder der Gesellschaft als ganzer unmittelbar nützen (ibid).

le der Zivilgesellschaft machen (siehe etwa Budge 2022). Auf Seiten politischer AmtsinhaberInnen ist neben zahlreichen anderen Qualitäten nicht zuletzt nachhaltigkeitssensible „rhetorical leadership“ gefragt (Feldman 2020) – auch in politisch-institutionell komplexen Demokratien, wie Österreich oder Deutschland, die bislang dafür bekannt waren, dass in ihnen systembedingte Anreize für die Etablierung eines bewusst „dünnen kommunikativen Diskurses“ bestehen, welcher mühsam ausgehandelte interne Kompromisse nicht gefährdet (Schmidt 2005, 773-775). Dass sich PolitikerInnen zudem ihres besonderen Auftrags besinnen und neben ihrer Rolle als zentrale EntscheiderInnen und VermittlerInnen auch jene des öffentlichen Vorbilds akzeptieren mögen, mag – speziell in einer historischen Hochphase von „anti-politics“-Haltungen weiter Bevölkerungsteile (Corbett 2016; Clarke et al. 2018) – viel verlangt erscheinen. Angesichts der gewaltigen Dimensionen des Projekts demokratischer Zukunftssicherung, welches den Einsatz aller verfügbaren Ressourcen erfordert, spricht gleichwohl nichts dafür, diese Forderung leichtfertig aufzugeben. Gerade eine authentische Vorbildfunktion könnte sich als wichtige Glaubwürdigkeits- und Legitimitätsressource politischer Führung erweisen.

## Literatur

- Bertelli, Anthony M./Peter John (2013), Public Policy Investment: Risk and Return in British Politics, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 43, 741-773.
- Blühdorn, Ingolfur (2018), Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Vol. 28, 151-180.
- Bogaards, Matthijs/Ludger Helms/Arend Lijphart (2019), The Importance of Consociationalism in Twenty-first Century Politics and Political Science, in: *Swiss Political Science Review*, Vol. 25(4), 341-356.
- Budge, Ian (2022), *Kick-Starting Government Action against Climate Change: Effective Political Strategies*, London: Routledge.
- Clarke, Nick/Will Jennings/Jonathan Moss/Gerry Stoker (2018), *The Good Politician: Folk Theories, Political Interaction, and the Rise of Anti-Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Cohen, Steve (2016), The Presidency and Sustainability, State of the Planet, 21.03.2016, Internet: <https://news.climate.columbia.edu/2016/03/21/the-presidency-and-sustainability/> (Zugriff: 06.09.2022).
- Commander, Simon/Saul Estrin/Thamashi De Silva (2022), Political systems affect innovation, LSE Blog, 05.04.2022, Internet: <https://blogs.lse.ac.uk/businessreview/2022/04/05/political-systems-affect-innovation/> (Zugriff: 06.09.2022).
- Corbett, Jack (2016), Diagnosing the Problem of Anti-Politicians: A Review and an Agenda, in: *Political Studies Review*, Vol. 4(4), 534-543.
- Esaiasson, Peter/Sören Holmberg (1996), *Representation From Above: Members of Parliament and Representative Democracy in Sweden*, London: Routledge.
- Deutch, John M. (2014), Obama's Second-Term Energy Policy Is Working, *The Wall Street Journal*, 19.08.2014, Internet: <https://www.wsj.com/articles/john-deutch-obamas-second-term-energy-policy-is-working-1408404210> (Zugriff: 06.09.2022).
- Escher, Romy/Melanie Walter-Rogg, (Hrsg.) (2020), *Environmental Performance in Democracies and Autocracies Democratic Qualities and Environmental Protection*, Cham: Palgrave.
- Feldman, Ofer (Hrsg.) (2020), *The Rhetoric of Political Leadership: Logic and Emotion in Public Discourse*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Fong, Christian/Neil A. Malhotra/Yotam Margalit, Political Legacies, Stanford University Graduate School of Business Research Paper No. 17-57, 2017, Internet: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3028390](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3028390) (Zugriff: 06.09.2022).
- Goerres, Achim/Guido Tiemann (2009), Kinder an die Macht? Die politischen Konsequenzen des stellvertretenden Elternwahlrechts, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 50, 50-74.
- Green, Jane/Will Jennings (2017), *The Politics of Competence: Parties, Public Opinion and Voters*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Haas, Tobias/Jeremias Herberg/David Löw Beer (2022), From carbon democracy to post-fossil capitalism? The German coal phase-out as a crossroads of sustainability politics, in: *Sustainability: science, practice, & policy*, Vol. 18, 384-399.
- Helms, Ludger (2012), Democratic Political Leadership in the New Media Age: A Farewell to Excellence?, in: *The British Journal of Politics and International Relations*, Vol. 14, 651-670.
- Helms, Ludger (2016), Democracy and Innovation: From Institutions to Agency and Leadership, in: *Democratization*, Vol. 23, 459-477.
- Helms, Ludger (2020), Heir Apparent Prime Ministers in Westminster Democracies: Promise and Performance, in: *Government and Opposition*, Vol. 55(2), 260-282.
- Helms, Ludger/Michelangelo Vercesi (2022), Cabinet Reshuffles in Parliamentary Democracies: A Typology and Framework for Comparative Analysis, in: *Government and Opposition*, Internet: <https://doi.org/10.1017/gov.2022.22> (Zugriff: 06.09.2022).
- Höffe, Otfried (2009), *Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik*, München: Beck.
- Jakab, András (2020), Kinderwahlrecht für Nachhaltigkeit?, in: *Journal für Rechtspolitik*, 27-37.

- Körösenyi, András (2005), Political Representation in Leader Democracy, in: *Government and Opposition*, Vol. 40(3), 358-378.
- Kraft, Jonas (2018), Political Parties and Public Investments: A Comparative Analysis of 22 Western Democracies, in: *West European Politics*, Vol. 41(1), 128-146.
- Lockwood, Ben/Matthew Lockwood (2022), How Do Right-Wing Populist Parties Influence Climate and Renewable Energy Policies? Evidence from OECD Countries, in: *Global Environmental Politics*, Vol. 22 (3), 12-37.
- Lorenz, Astrid/Christian Pieter Hoffmann/Uwe Hirschfeld (Hrsg.) (2020), Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen und Möglichkeiten, Wiesbaden: Springer.
- Looney, Robert (2016), Democracy Is the Answer to Climate Change, Internet: <https://foreignpolicy.com/2016/06/01/democracy-is-the-answer-to-climate-change/> (Zugriff: 06.09.2022).
- Lührmann, Anna/Staffan I. Lindberg (2019), A third wave of autocratization is here: What is new about it?, in: *Democratization*, Vol. 26(7), 1095-1113.
- Medienimpulse (2020), Schwerpunktheft zum Thema „Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Medienpädagogik? – Über neue Herausforderungen und Verantwortungen“, Bd. 58, Nr. 3, Internet: <https://journals.univie.ac.at/index.php/mp/issue/view/307> (Zugriff: 06.09.2022).
- Neckel, Sighard/Philipp Degens/Sarah Lenz (Hrsg.) (2022), Kapitalismus und Nachhaltigkeit, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Negretto, Gabriel L./Mariano Sánchez-Talanquer (2021), Constitutional Origins and Liberal Democracy: A Global Analysis, 1900–2015, in: *American Political Science Review*, Vol. 115(2), 522-536.
- Popp, Christoph, (2021), Nachhaltigkeit und direkte Demokratie, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Radtke, Jörg (2022), Schnell oder demokratisch? Dilemmata demokratischer Beteiligung in der Nachhaltigkeitstransformation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 72(21-22), 35-40.
- Ritzi, Claudia/Gary S. Schaal (2010), Politische Führung in der Postdemokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 60(2-3), 9-15.
- Sartori, Giovanni (1987), *The Theory of Democracy Revisited*, Chatham NJ: Chatham House Publishers.
- Schwörer, Jacob (2021), Less Populist in Power? Online Communication of Populist Parties in Coalition Governments, in: *Government and Opposition*, Vol. 57(3), 467-489, Internet: <https://doi.org/10.1017/gov.2021.2>.
- Seefried, Elke (2022), Nachhaltigkeit und Demokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 72(21-22), 15-20.
- Seidl, Konrad (2021), Umfrage: Jeder Elfte würde alte Menschen vom Wahlrecht ausschließen, in: *Der Standard*, 09.12.2021, Internet: [2000131749121/umfrage-jeder-elfte-wuerde-alte-menschen-vom-wahlrecht-ausschliessen](https://derstandard.at/story/2000131749121/umfrage-jeder-elfte-wuerde-alte-menschen-vom-wahlrecht-ausschliessen) (Zugriff: 06.09.2022).
- Schmidt, Vivian A. (2005), Democracy in Europe: the impact of European integration, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 3(4), 761-779.
- Symbosius (2020), Can democracy save the environment?, Internet: <https://rm.coe.int/policy-notes-can-democracy-save-the-environment-/1680a14097> (Zugriff: 06.09.2022)
- Theakston, Kevin (2013), Evaluating Prime-Ministerial Performance: The British Experience, in: *Strangio, Paul/Paul 't Hart/James Walter (Hrsg.), Understanding Prime-Ministerial Performance: Comparative Perspectives*, Oxford: Oxford University Press, 212-241.
- Von Stein, Jana (2022), Democracy, Autocracy, and Everything in Between: How Domestic Institutions Affect Environmental Protection, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 52(1), 339-357.
- Welp, Yanina/Laurence Whitehead (Hrsg.) (2020), *The Politics of Recall Elections*, Cham: Palgrave.
- Zippelius, Reinhold (2003), *Geschichte der Staatsideen*. 10. Aufl., München: Beck.

## Autor

Ludger Helms (MA, Freiburg; Dr. phil., Heidelberg; Habilitation, Humboldt-Universität zu Berlin) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Zahlreiche Veröffentlichungen, insbesondere auf dem Gebiet der Vergleichenden Politischen Systemforschung.